

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 S.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 20. August 1898.

Inserats die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 S.  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weigenstraße Nr. 19.

**Inhalt:** Die schweizerische Maschinenindustrie. — Zur Entwicklung des deutschen Schiffbaues und die gegenwärtige Thätigkeit desselben. — Die Kartellbewegung in der deutschen Eisenindustrie. — Unternehmer-Terrorismus. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Abrechnung der Hauptkasse pro Juli 1898. — Abrechnung des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover für das 1. und 2. Quartal 1898. — Agitationskommission für Schlesien und Posen. — Litterarisches.

Spinneret- und Zwirnermaschinen um 699 000 Fr., Stichtmaschinen um 335 000 Fr., Mülereimaschinen um 508 000 Fr.

Der Handelverkehr der Schweiz bezüglich der Maschinenindustrie mit den hauptsächlichsten Ländern brüdt sich in folgenden Zahlen aus. Es wurden Produkte der Maschinenindustrie ein und ausgeführt:

	Einfuhr aus Frsch.	Ausfuhr aus Frsch.
Deutschland . . .	19 430 000	8 362 000
Frankreich . . .	2 283 000	5 001 800
Italien . . .	—	3 840 000
Oesterreich . . .	—	2 600 000
Rußland . . .	—	5 208 900
Uebrige Länder . . .	5 200 000	8 200 000

Leider ist bezüglich Frankreichs, Italiens und Oesterreichs weder in dem uns vorliegenden Jahresberichte noch in den veröffentlichten Auszügen aus dem Jahresberichte des Vereins der schweizerischen Maschinenindustriellen die absolute Zahl der Einfuhrwerthe angegeben; bezüglich Rußlands scheint eine Einfuhr von Maschinen irgend welcher Art in der Schweiz nicht stattgefunden zu haben. Eine überaus dominierende Stellung nimmt Deutschlands Maschinenindustrie in der Schweiz ein, beträgt doch ihr Antheil am Gesamtimport von Maschinen im Werthe von 26 821 000 Fr. allein rund 19 1/2 Millionen oder 72,4 Proz. Die Einfuhr schweizerischer Stichtmaschinen stieg von 353 150 Fr. in 1896 auf 1 359 700 Fr. in 1897 und bewirkte eine solche Zurückdrängung der schweizerischen Maschinenindustrie, daß in jüngster Zeit von der Maschinenfabrik Saurer in Ardon, welche ebenfalls Stichtmaschinen baut, eine größere Anzahl von Arbeitern wegen Mangel an Beschäftigung entlassen wurde. Ferner ist hervorzuheben, daß die Maschineneinfuhr aus Deutschland das 2 1/2fache der Ausfuhr nach Deutschland beträgt, während die Schweiz mehr als das Doppelte der französischen Einfuhr nach Frankreich exportirte und dem verhältnismäßig erheblichen Export nach Rußland gar keine Einfuhr in die Schweiz gegenübersteht. Für die deutsche Maschinenindustrie ist demnach die Schweiz ein hervorragendes und überaus günstiges Absatzgebiet, das weder materielle Verluste noch zollbehärdliche Mädelereien bringt, welche letztere bekanntlich in Deutschland selbst durchaus keine Seltenheit sind.

Darüber beklagt sich auch der Bericht der Maschinenindustriellen. Es ist gegenüber Deutschland bisher noch immer nicht möglich gewesen, die Anomalie zu beseitigen, daß die oft viele Zentner schweren Transformatoren in der gleichen Klasse und zu demselben Satze verzollt werden, wie z. B. Messerschmiedewaaren u. dergl., während die Behandlung der Transformatoren als Maschinen das einzige stungemäße wäre; der russische Zolltarif sieht denn auch eine solche Zollbehandlung vor. Auch für landwirthschaftliche Maschinen geht seit einem Jahre Deutschland darauf aus, auf Grund seines neu aufgestellten Waarenverzeichnisses diese Maschinen in Zollpositionen einzureihen, deren Anläge einer Zollerhöhung von 200 bis 250 Proz. gleichkommen. So sind seit Jahren Wein- und Ölpresen als landwirthschaftliche Maschinen zum Zollsatz von 3 M für 100 Kilogramm behandelt worden; auf Grund des neuen Waarenverzeichnisses wird herausgefunden, daß Weinpresen keine landwirthschaftlichen Maschinen oder Geräte seien, sondern Hausgeräte und sie werden mit 10 M Eingangszoll belastet. Auch Gemwender und Pferderechen wurden plötzlich nicht mehr als landwirthschaftliche Maschinen zum Zoll zugelassen; die deutsche Zollbehörde hat jedoch neuerdings die Ungünstigkeit ihrer Interpretation in diesem Punkte zugegeben. Der erwähnte Fabrikantenbericht macht darauf aufmerksam, daß die Schweiz gerade von Deutschland her mit landwirth-

schaftlichen Maschinen überschwemmt wird, während die s. Zt. sehr bedeutende Ausfuhr der Schweiz jährlich mehr zurückgedrängt wird. „Angeflcht dieser Lage mögen sich unsere Landwirtschaft und die schweizerischen Käufer von Maschinen überhaupt darauf besinnen, daß, wie der Bericht der Basler Handelskammer über diese Industrie mit Recht bemerkt, unsere schweizerischen Werkstätten im Falle sind, allen und jeglichen Ansprüchen zu genügen und mehr als groß genug, um den ganzen Inlandsbedarf zu decken. Dabei ist dann noch zu berücksichtigen, daß die Maschinenindustrie eine Menge von Hilfsstoffen, die vorwiegend der Exportfabrikation dienen, aus dem Auslande zu beziehen gezwungen ist und darauf einen Zoll zu erlegen hat, der selbstverständlich für die Konkurrenz mit dem diese Hilfsstoffe selbst produzierenden Auslande erschwert. Uebrigens hat auch Frankreich durch die Befugung, daß Schastmaschinen nicht mehr zum gleichen Zolle eingeführt werden dürfen wie Webstühle, zu denen sie doch gehören, unsere Ausfuhr theilweise gehemmt.“

Nicht ganz entsprechenden Schritt mit dem Aufschwung der allgemeinen Geschäftslage hat die Zunahme der Arbeiterzahl gehalten, welche in der Maschinenindustrie beschäftigt war. Sie ist von 21 179 auf 21 954 gestiegen, wobei eine geringe Verschiebung nach der Seite derjenigen Gewerbe hin stattgefunden hat, welche sich mit dem Bau von elektrischen Maschinen und Anlagen befassen. Daß trotzdem die Gesamtproduktion erheblich zugenommen hat, läßt darauf schließen, daß die Werke sich einerseits immer mehr darauf einrichten, vorgearbeitetes Material zu beziehen und andererseits ihren mechanischen Betrieb verbessert haben.

Was das finanzielle Ergebnis anbetrifft, so hat sich dasselbe gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich gebessert. Dies gilt besonders hinsichtlich der Preise der fertigen Fabrikate, während die Preise der Rohmaterialien und Halbfabrikate, welche im Vorjahre eine sehr erhebliche Steigerung erfuhren, gegen Ende des Jahres eine sinkende Tendenz zeigten. Die Arbeitslöhne sind im Allgemeinen gestiegen (?), doch ebenfalls nicht im gleichen Verhältniß wie im Jahre 1896, mit Ausnahme jener für Spezialarbeiter. Erfreulich ist, daß sich jetzt eine günstige Wirkung der schweizerischen Landesausstellung in Genf auch in der Maschinenindustrie zu zeigen beginnt. Namentlich für den Motorenbau, für Werkstätten, welche Transportgeleise und Wagen herstellern, hat die Ausstellung gute Früchte gebracht, indem der Absatz im Lande zugenommen hat.

Im Einzelnen ist, was die Maschinenfabriken im Kanton Zürich angeht, hervorzuheben, daß alle die Firmen, welche für die immer großartiger sich entwickelnde Elektrotechnik arbeiten, mit großen Aufträgen geradezu überhäuft waren. Das Ausland weiß diese Spezialität des zürcherischen Maschinenbaues wohl zu schätzen. Dynamomaschinen, Turbinen, Motoren aller Art und bis zu den gewaltigsten Dimensionen wurden hergestellt. Durch mehrfache Verbesserungen an der Konstruktion der Zentrifugalpumpen, wie sie für große Wasserwerke verlangt werden, ist ein neues und für die Zukunft bedeutungsvolles Feld eröffnet worden. Der Turbinenbau ist bei der immer vorwärtsschreitenden Entwicklung und bei dem Entstehen neuer elektrischer Zentralen geradezu überfüllt. Im Schiffbau sind einige größere Ausführungen zu verzeichnen. Der Lokomotivenbau ist ebenfalls mit der Fertigstellung der alten Aufträge sowie durch Neubestellungen gut beschäftigt gewesen. Die zahlreichen, im Entstehen begriffenen neuen Berg- und Straßenbahnlinien gaben Anlaß, den Wagenbau zu fördern und zu vervollkommen. Im Werkzeugmaschinenbau waren befriedigende Aufträge vorhanden. Dagegen war die Beschäftigung des Ar-

## Zur Beachtung.

### Zuzug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Burgsteinfurt, nach Nürnberg, nach Ravensburg (Woner);
- von Feilenhauern u. nach Amberg, nach Bodum (Wunnenhof u. Stegemann), nach Breslau, nach Düsseldorf, nach Duisburg St., nach München, nach Nürnberg St.;
- von Klempnern nach Kassel (S), nach Hannover (Dafeling) Str., nach Pechow, nach Mainz (Hoffmann) St., nach Mannheim i. B. (Oberheinische Metallwerke) St.;
- von Bauhilffern nach Mainz (Wauspengerie Hoffmann) St., nach Mannheim;
- von Schleifern nach Giezfeld (Hengstenberg) St., nach Mulda (Sächsische Fahrradwerke);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Hannover (Dafeling) Str., nach Mannheim (Oberh. Metallwerke), nach Nürnberg, nach Steyr, Oesterreich (Waffen- u. Fahrradfabrik), nach Wrieten (G. Wolf) S.;
- von Fuß- und Wagen schmieden nach Cassel;
- von Stesselschmieden nach Kaiserlautern (St.);
- von Metallschlägern nach Breslau (Boranzow) D., nach Großschönau (Weber u. Bichhoff) M.;
- von Siebmachern nach München (Bucher).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streif in Aufsicht; L. Lohnbewegung; M. Ausperrung; D. Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Ufford-Reduktion.)

## Die schweizerische Maschinenindustrie.

Wie für die deutsche, so war auch für die schweizerische Maschinenindustrie das verfloffene Jahr ein sehr gutes Geschäftsjahr. „Der Stand der schweizerischen und namentlich der zürcherischen Maschinenindustrie“, wird im Jahresbericht der Kaufmännischen Gesellschaft in Zürich angeführt, der Stand derselben im Jahre 1897 darf im Allgemeinen als ein recht zufriedensstellender bezeichnet werden. Das Geschäft war quantitativ ein recht lebhaftes, die meisten Werke hatten vollauf zu thun, die neuen und die aus dem vorhergehenden Jahre herübergenommenen Aufträge auszuführen. Dabei zeigte sich für einige Branchen der Streit in der englischen Maschinenindustrie von förderndem Einfluß.“ Das Ausland war beim Streit der Unternehmer und Arbeiter in England der lachende Dritte.

Der Gesamtexport der schweizerischen Maschinenindustrie hat die hohe Ziffer des vorhergehenden Jahres noch um 3 955 000 Fr. übertroffen, derselbe ist von 29 295 000 Fr. auf 33 250 000 Fr. gestiegen. Die Maschineneinfuhr hat fast ebensobiel, um 3 230 000 Fr. zugenommen und damit die Höhe von 26 821 000 Fr. erreicht. Das Verhältniß von Ein- und Ausfuhr ist ungefähr das gleiche geblieben wie im Jahre 1896.

Bei der Zunahme der Ausfuhr fällt der Hauptantheil den dynamoelektrischen Maschinen zu. Diese weisen einen gesammten Ausfuhrwerth von 8 274 000 Franken (2 796 000 Fr. mehr als 1896) auf; dann kamen allgemainer Maschinenbau mit 12 101 000 Fr. (2 641 000 Fr. mehr, Dampfessel mit 751 000 Fr. (249 000 Fr.), eiserne Konstruktionen mit 290 000 Fr. (285 000 Fr. mehr), Nähmaschinen mit 200 000 Fr. (75 000 Fr. mehr). Dagegen ist der Export zurückgegangen bei: Webereimaschinen um 589 000 Franken.



beitsmaschinenbaues weniger von Belang; hier machte sich die deutsche Konkurrenz besonders fühlbar und sind die Aussichten für das Jahr 1898 in Folge der ungünstigen Lage der Textilindustrie wenig erfreulich. Der Verkauf von Maschinen der Mülereiindustrie war mit Bezug auf die Quantität ein befriedigender. In landwirtschaftlichen Maschinen ist eine abermalige Verschlechterung des Absatzes zu verzeichnen, wofür die Ursache in den hohen Zollansätzen der Nachbarstaaten zu suchen ist.

Die „Arbeiterverhältnisse“ haben nach dem Berichte der Maschinenindustriellen im abgelaufenen Jahre in der Maschinenindustrie zu verhältnismäßig wenigen Klagen Anlaß gegeben. Es haben nur einige Arbeitsverhältnisse und nur von geringem Umfang und kurzer Zeitdauer stattgefunden. Immerhin, meint der Bericht, sei eine wesentliche „Beunruhigung“ unter den „treibenden Elementen“ nicht zu bemerken und namentlich versuchten neu organisierte Gewerkschaften gerne ihre Kräfte. Letzteres kommt allerdings hier und da vor und verläuft dann in der Regel zu Ungunsten der Arbeiter. Die erstere Bemerkung hingegen ist ziemlich dumm. Die „treibenden Elemente“ werden und können sich selbstverständlich nicht „beruhigen“, so lange ein Theil der Metallarbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, während andererseits schon längst sämtliche Maschinenindustriellen ihrem Vereine angehören.

Auch der englische Maschinenbauerkampf wird besprochen und darüber u. A. Folgendes gesagt: „Der Kampf zwischen den Gewerkschaften und dem Verbands der Maschinenfabrikanten wurde mit großer Hartnäckigkeit, dabei aber mit der Ruhe und Sachlichkeit geführt, welche die englischen Gewerkschaften vor den gleichartigen Verbänden des Kontinents so wesentlich auszeichnen, und endete bekanntlich mit der Niederlage der Gewerkschaften, deren Kräfte, trotz der durch lange Jahre angesammelten Gesellschaftsfonds, doch den vereinigten Maschinenfabrikanten nicht gewachsen waren. Einen wohlthuenden Eindruck macht bei dem großen Ernste dieses imposanten Kampfes die Thatsache, daß trotz dem unglücklichen Ausgang, den er für die Arbeiter genommen, weder auf jener Seite Verbitterung, noch auf der anderen Seite Ueberhebung zu Tage tritt. Daß vielmehr allem Anscheine nach Arbeiterchaft und Arbeitgeber nach geschlossenem Frieden in Eintracht daran arbeiten, das durch den langen Unterbruch Versäumnisse nachzuholen. Ein schönes Beispiel, wie einfach sich die Sachen gestalten, wenn man die Leute ihre Geschäfte selbst besorgen läßt und die den Geschäften fremden Berufspolitiker aus dem Spiele bleiben.“

Neben zutreffenden Wendungen ist in dieser Betrachtung auch dummes Zeug enthalten. Man könnte meinen, daß der englische und der kontinentale Arbeiter zwei von einander grundverschiedene Wesen, die Unternehmer aber überall die gleichen seien. Wichtig ist dagegen, daß die sozialen Kämpfe in England deshalb ruhig verlaufen, weil von vornherein die Gewerkschaften von den Unternehmern unbestritten anerkannt und als die organisierte Vertretung der Arbeiter gewürdigt und daß ferner die Arbeiter und ihre Vertreter von den Unternehmern von vornherein als mit ihnen gleichberechtigt anerkannt und mit Achtung behandelt werden. So ist trotz aller energischen Festhaltens des eigenen Standpunktes jeder Partei dennoch zu Geseß und Verbitterung kein Anlaß vorhanden und er wird auch nicht seitens der Behörden durch plumpe und parteiische, die Arbeiter brutal provozierende Eingriffe gegeben. Wie weit sind wir aber auf dem Kontinent noch entfernt von der sozialen Schöpfung der Unternehmer und der Behörden, die in England ein so überaus maßgebendes Element in den sozialen Kämpfen bildet.

Der Fabrikantenbericht bespricht auch das Lehrlingswesen, indem er darüber sagt: „Ein bewährtes Zeichen der Zeit finden wir seit mehreren der letzten Jahre darin, daß sich die Großzahl der jungen Leute nicht mehr einer längeren Lehrzeit unterziehen, d. h. keinen eigentlichen Beruf mehr erlernen will, sondern einfach als Hilfsarbeiter Stelle sucht, was befürchten läßt, daß dadurch in absehbarer Zeit ein Stock Arbeiter sich bilden wird, die nichts Nützliches zu leisten vermögen bei dennoch größeren Anforderungen in der Löhnung.“

Der Bericht unterläßt es wohlweislich, der von ihm behandelten Erscheinung auf den Grund zu gehen. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse kommen hauptsächlich hierfür zwei Faktoren in Betracht. Einmal das ungenügende Lohnniveau des proletarischen Familienvaters, der nicht bloß gezwungen ist, die Frau und Mutter mit zur Lohnarbeit anzuhalten, sondern auch die Kinder, sobald sie dazu fähig sind. Bei dieser Lage der Dinge fehlen dem Vater die Mittel, dem Sohn in mehrjähriger Lehrzeit ein Handwerk erlernen zu lassen und währenddem für seinen Unterhalt zu

sorgen. Im Gegentheil reflektiert er auf den baldigen Verdienst des Sohnes als Hilfsarbeiter. Sodann lernen die jungen Leute in der Fabrik wie in der Werkstatt während der drei- bis vierjährigen Lehrzeit häufig sozusagen gar nichts oder doch nicht viel und sie können sich dann, wenn sie ausgelernt haben, noch lange nicht selbst durchs Leben bringen, sondern brauchen auch fernerhin die Hilfe der Eltern. An diese Umstände muß man denken, wenn man weiß, daß die vorzüglich geleitete Winterthurer Berufsschule für Metallarbeiter alljährlich 50 und noch mehr junge Leute wegen Mangel an Platz zurückweisen muß, trotzdem dieselbe für 80 Schüler hinreicht und daß nunmehr diese blühende Anstalt wesentlich erweitert wird.

Im Uebrigen zeigen beide Berichte, daß die schweizerische Maschinenindustrie prosperiert, daß die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung nicht gehindert hat und nie hindern, sondern im Gegentheil fördern wird. Möchte diese nur auch sich kräftiger als bisher entwickeln und zu einer Musterorganisation für die Arbeiter anderer Berufe werden.

### Zur Entwicklung des deutschen Schiffbaues und die gegenwärtige Thätigkeit desselben.

(Schluß.)

Wahrscheinlich liegen die Verhältnisse auf der Reptonwerft in Rostock, die in geschäftlicher Beziehung im letzten Jahr auf ein „gutes Ergebnis“ zurückblicken kann. Im letzten Spätherbst befanden sich acht Schiffe im Bau. Der letzte Geschäftsbericht sagt, daß „die Hoffnungen, die sich an die Rekonstruktion des Werkes geknüpft haben, der Erfüllung entgegen gehen. In wenigen Monaten werden ihre Anlagen sich den besten Werkstätten deutschen Schiffbaues ebenbürtig zur Seite stellen.“ Vom letzten Winter bis jetzt sind etwa 1100 Mann beschäftigt worden und haben Ueber- und Nachtarbeit fast regelmäßig stattgefunden. Die Löhne stellen sich von 22—31  $\text{A}$  die Stunde, vereinzelt wird auch 41  $\text{A}$  gezahlt (Vorarbeiter). Vor etwa Jahresfrist (Mai 1897) sollen die Arbeiter dieser Werft um eine Lohnerhöhung gebeten haben; der verhandelnden Kommission ist dann folgender Bescheid geworden: „Unter Bezugnahme auf die heute gegebene Unterredung bestärken wir hiermit, daß sämtlichen Arbeitern der „Reptonwerft“, welche einen Lohn bis zu 23  $\text{A}$  pro Stunde haben, von der nächsten Lohnwoche ab eine Lohnzulage von einem Pfennig gewährt wird — —“ u. s. w. Man sieht, nobel sind unsere deutschen Unternehmer immer.

Die Rostocker Schiffswerft in Lübeck hat gegenwärtig 7 Schiffe im Bau. Fast regelmäßig wird mit Ueberstunden gearbeitet. Die Löhne für die 650 Arbeiter differieren von 26—42  $\text{A}$ .

Einer der bedeutendsten Schiffbauplätze ist Kiel. Außer der Kaiserl. Werft sind 2 große Werften vorhanden, die Germania-Werft und Howaldts-Werke. Die erstere ist vor etwa 2 Jahren in den Besitz des Kronenprinzen von Preußen übergegangen, indem gegen Sicherstellung einer jährlichen Dividende von 4  $\frac{1}{2}$  Proz. für die Aktionäre der Betrieb der Werft für Rechnung und Gefahr Krupp's geführt wird. Innerhalb 25 Jahren kann Krupp zum Kurse von 105 Proz. des Nennwertes der Aktien diese jederzeit übernehmen. Dieser Vertrag ist zu einer Zeit ungünstigen Geschäftsganges der Werft — die einige Jahre vorher nur ganz geringe oder gar keine Dividenden abwarf — abgeschlossen worden, so daß die Aktionäre froh waren, einen so günstigen Vertrag eingegangen zu sein. Nach einigen Monaten jedoch, nach dem Auftauchen der ersten Flottenpläne, war das Bedauern über diesen Vertrag schon groß und im März 1897 gab die „Süddeutsche Börzen-Zeitung“ den beweglichen Klagen der armen Aktionäre Ausdruck, worüber ein Sachkundiger behauptet, die bisherigen Aktionäre seien schwer benachteiligt, da die Aktien „unter diesen Umständen“ 300 Prozent werth wären.

Es heißt dann: „Das Aktienkapital der Germania ist 5  $\frac{1}{2}$  Millionen Mark! Etwa 328 Millionen will der Staat auf 4 Jahre hinaus für Marinebauten verwenden. Gering gerechnet dürften für 60 Millionen Aufträge der Germania zukommen, d. i. 15 Millionen im Jahre, an welchen etwa 30 Proz. oder 4  $\frac{1}{2}$  Mill. im Jahre zu profitieren sind. Rechnet man hierzu die Gewinne des laufenden Geschäftes, so ist anzunehmen, daß für die nächsten 4 Jahre alljährlich das ganze Kapital von 5  $\frac{1}{2}$  Millionen zu verdienen gewesen wäre resp. künftig von der Firma Krupp verdient werden wird. Sonach hätten mit Leichtigkeit während der nächsten 4 Jahre Dividenden von je 50 Proz. bezahlt werden können, bei Rückstellungen mindestens in der Höhe des ganzen Aktienkapitals, und nach dieser Zeit würde das Werk mit Null zu Buche gestanden haben. Daß die Aktien zum Preise von 300 Prozent unter

diesen Umständen billig wären, glauben wir im Vorstehenden nachgewiesen zu haben. Es resultiert hieraus, daß Herr Krupp die Germania-Werft um etwa 10 Millionen Mark zu billig an sich brachte, wodurch die Aktionäre in unerhörter Weise bergewaltigt worden sind.“

Wir können nicht beurtheilen, ob die oben aufgemachte Rechnung stimmt, Thatsache ist jedoch, daß der Staat nicht nur in 4 Jahren 328 Millionen Mark für Schiffsbauten verwenden will, sondern in 6 Jahren etwa das Doppelte. Thatsache ist auch ferner, daß die Germania-Werft in den letzten beiden Jahren äußerst günstige Abchlüsse gehabt hat. Im vorletzten Geschäftsjahre sind bei Abschreibungen in Höhe von 192,415  $\text{M}$  nicht weniger wie 307,198  $\text{M}$  als Reingewinn erzielt worden. Der Jahresbericht über das letzte Geschäftsjahr zählt einen Gesamtgewinn von 999,262  $\text{M}$  auf. Davon sind für Abschreibungen 350,382  $\text{M}$  und als Reingewinn 336,941  $\text{M}$  aufgeführt. Dieser Gewinn ist erzielt worden bei einem Facturenwerth der für fremde Rechnung bewirkten Lieferungen von nur 4,890,478  $\text{M}$ . Am Jahreschlusse lagen für 14,880,000 Mark Aufträge vor. Man sieht also, die Werft macht ein Bombengeschäft.

Um die Leistungsfähigkeit der Werft nun noch zu erhöhen, werden von Krupp ganz umfangreiche Neuanlagen und Vergrößerungen vorgenommen. Für viele Hunderttausende von Mark sind Grundstücke in Gaarden (zu Kiel gehörig, dem Sitz der Werft) aufgekauft worden, und in den 1  $\frac{1}{2}$  Jahren seit Uebernahme der Werft durch Krupp bis zum Jahresabslusse belaufen sich diese Grunderwerbkosten und Kosten für Betriebs-erweiterung auf 1,096,926  $\text{M}$ .

Wie stehts nun mit den Arbeitern? Gerade so wie überall. Löhne von 2,40  $\text{M}$  an pro Tag bis höchstens 3,80  $\text{M}$  und 4  $\text{M}$ , dazu der an Gefahren namentlich für die Germania-Werft so überreiche Betrieb. Ueber den letzten Punkt läßt sich in recht interessanter Weise der schlesw.-holst. Gewerbebericht für 1896 wie folgt aus: „Die verhältnismäßig große Zahl von Unfällen, welche alljährlich von der Werft der Schiffs- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft Germania gemeldet werden, hat den Berichterstatter veranlaßt, in Verbindung mit dem zuständigen Gewerbeinspektor den Ursachen dieser Unfälle nachzuforschen und gleichzeitig die Maßregeln zur Unfallverhütung auf den übrigen Werften, deren Unfallziffer weit geringer war, genauer zu ermitteln. Diese Untersuchungen haben ergeben, daß die Ursache der zahlreichen Unfälle nicht in einem Mangel an Schutzvorrichtungen zu finden ist, sondern daß mehrere andere ungünstige Umstände zusammen-treffen. Darin gehören der häufige Wechsel der Arbeiter, die mangelhafte Schulung und Übung der nach längerer Geschäftsstille in größeren Massen neu Eintretenden, das eilige Arbeiten mit diesen ungeübten Kräften unter dauernder Zuhilfenahme zahlreicher Ueberstunden zwecks pünktlicher Sunehaltung kurzer Lieferfristen, das zum Theil mangelnde Bewußtsein der Verantwortlichkeit der mit der Ueberwachung und Ausführung gefährlicher Arbeiten betrauter Personen, endlich die Gleichgiltigkeit der Arbeiter gegen die erlassenen Vorschriften. Die ersteren Umstände waren durch die geschäftliche Konjunktur veranlaßt. Doch könnte selbst unter diesen ungünstigen Verhältnissen eine genaue Regelung des Betriebs und eine straffe Aufsicht durch genügend vorgebildete und praktisch erfahrene Personen, deren Verantwortlichkeit genau bezeichnet und deren Wirkungskreis begrenzt ist, vieles bessern. Eine besonders sorgfältige Ueberwachung der Arbeiter ist gerade bei dem Aufbau großer eiserner Schiffe ein dringendes Bedürfnis, da die in mehreren Etagen auf Gerüsten oder innerhalb der Schiffe neben- und übereinander arbeitenden Gruppen von Leuten sich gegenseitig gefährden und die vielen Transportmittel und Hebevorrichtungen zu Unfällen Veranlassung geben. Die Besprechungen mit dem neuen Leiter der Werft, welche bereits im Jahre 1895 durch mehrere größere Unfälle auf die Maßregeln zur Unfallverhütung aufmerksam geworden war, hatten die Durchführung einer besseren Betriebsüberwachung zur Folge. Jeder Meister wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß er für die Sicherheit der ihm unterstellten Leute persönlich verantwortlich sei und daher auf die genaueste Befolgung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften zu achten habe. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit wurden besondere Leute bezeichnet, welche beobachten, ob Lücken und Defnungen verdeckt, Leitern gesichert und nachgesehen, vorstehende Nägel beiseite gerückt und dergleichen.“

Wir wollen diese Ausführungen des Gewerbe-Ins-



Spektors nicht weiter kommentieren, die Beser werden dieses selbst besorgen können.

Auch der 1897er Bericht des Gewerbeinspektors läßt die interessante Thatsache erkennen, daß die Germania-Werft im letzten Jahre abermals bezüglich der Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter die ungünstigste Stelle einnimmt. Bei den 3 zum diesseitigen Inspektionsbezirk gehörigen Werften kommen nämlich, auf je 1000 Arbeiter berechnet, Unfälle vor: Flensburger Schiffswerft 50, Howaldswerft 83 und Germania-Werft 151 Unfälle. Also 3 Mal so viel Unfälle wie auf der ersten Werft, nahezu doppelt so viel wie auf der zweiten Werft, das ist das Jahresergebnis der Germania-Werft für das letzte Jahr.

Howaldswerke in Kiel sind in den letzten Jahren gleichfalls bedeutend vergrößert worden, seitdem für den Bau der größten Schiffe neu angelegt. Das Aktienkapital von 2,000,000 Mk ist 1896 um 1 Mill. vermehrt worden. Die Aktien sind dazu zum Kurse von 117 1/2 Proz. ausgegeben und von den alten Aktionären übernommen worden. Der letzte Jahresabschluss hat bei Abschreibungen im Betrage von 121,500 Mk einen Reingewinn von 347,221 Mk ergeben, der die Vertheilung einer Dividende von 7 Proz. zuließ. Die Gewinnvertheilung der Werft in den letzten Jahren war

1892—93	8	Proz.
1893—94	8	"
1894—95	8	"
1895—96	6	"
1896—97	7	"

Gegenwärtig hat die Werft im Bau 1 Postdampfer für Rußland, 1 Postdampfer für Dänemark, 5 Handelsschiffe von zusammen 8000 Tonnen, 2 große Schwimmschiffe und 1 großen Bagger.

Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen (1872) noch nie Grund zu Klagen gehabt. Nach einer im Juli vor. Jrs. zur Feier des 25jähr. Bestehens der Werft herausgegebenen Festschrift hat die Werft in diesem Zeitraum durchschnittlich jährlich eine Dividende von 9 Prozent vertheilt. Dieselbe betrug im vorletzten Geschäftsjahr 10 Proz. und im letzten 8 Proz. Im letzten Kalenderjahr hat die Werft Schiffe u. dergl. mit einer Größe von zusammen 32,629 Registertons abgeliefert. Aufträge lagen vor in einer Größe von 34,280 Tons. Die abgelieferte Tonszahl ist die größte, die im letzten Jahre von einer deutschen Werft abgeliefert ist. Die Werft ist in weiteren Kreisen bekannt geworden durch den Streik resp. die Aussperrung der ca. 1500 Werftarbeiter im Spätsommer 1896. Die Werft wollte damals nicht im Stande sein, den etwa 350 in Betracht kommenden Arbeitern den Stundenlohn auf 30 S zu erhöhen. Es würde dieses eine jährliche Ausgabe für die Werft von etwa 7—8000 Mk bedeuteten haben. Schließlich machte jedoch, nach etwa 15 wöchentlicher Aussperrung, die Werft Zugeständnisse, die für sie jährlich etwa 3—4000 Mk erfordern. Trotz dieser damaligen Aussperrung hatte die Werft im nächsten Geschäftsabschluss einen Reingewinn von 317,153 Mk und wurde eine 10prozentige Dividende vertheilt. Gegenwärtig ist die Ueberstundenarbeit wieder flott im Gange, wer nicht will — na, die alte Geschichte.

Die Schiffbauhölzer im Hamburg sind ebenfalls gegenwärtig voll besetzt, so daß die Ueberarbeit, besonders bei den Werftstellenarbeitern, an der Tagesordnung ist. Die Löhne in der Großstadt Hamburg sind keineswegs bessere wie in den übrigen Orten. Auch hier bleiben sie zum Theil unter 30 S pro Stunde. Ein großer Theil der Arbeiter muß sich, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, über den Hafen setzen lassen. Diese Beförderung der Arbeiter ist eine recht mangelhafte und Verpönungen, etwa in Folge Eisgang, oder gar durch vor der Werft liegende Schiffe, müssen die Arbeiter, obwohl selbst schuldlos hieran, durch Strafen büßen.

Gegenwärtig hat die Werft von Blohm und Voß 5 große Dampfer im Bau, außerdem in Auftrag 8 größere Handelsschiffe und unternimmt jetzt die Vorarbeiten für den ihr übertragenen neuen Panzer 1. Klasse, ein Werthobjekt von etwa 11 1/2 Millionen Mark. \*) Im vorletzten Geschäftsjahr hat die Werft einen Reingewinn von 648,978 Mk, im letzten von 704,286 Mk erzielt. Dementprechend wurden 7 resp. 8 Proz. Dividende vertheilt. Das Aktienkapital dieser Werft beträgt 6 Millionen Mark. Dieselbe hat im letzten Jahre durchschnittlich 3793 Beamte und Arbeiter gegen 3250 im Vorjahre beschäftigt.

\*) In den ersten Tagen des Juli hat auch diese Werft von der Holland - Amerika - Linie in Rotterdam ein großes Passagierschiff von 12,500 Tons in Bestellung erhalten. Es ist dieses das erste große Passagierschiff, das von einer auswärtigen Gesellschaft auf einer deutschen Werft bestellt ist.

Auch die Reiherrsteg-Schiffswerft im Hamburg hat vollauf zu thun. Gegenwärtig hat sie 2 große Dampfer für die Süd-Amerika-Linie im Bau. Die letzten Dividendenvertheilungen beliefen sich auf 7 resp 8 1/2 Prozent.

Die Konjunktur ist auch den Werften im Wesergebiet äußerst günstig gewesen. Der „Bremer Vulkan“ hat seit etwa 2 Jahren sein Aktienkapital um 800,000 Mark, auf 2 Millionen vermehrt. Die Werft beschäftigt ca. 850 Arbeiter und hat im Bau resp. Auftrag Schiffe von zusammen 7200 Tonnen Größe. Die regelmäßige Arbeitszeit ist 10 1/2 Stunden. Die Werft hat sich namentlich mit dem Bau von Fischdampfern befaßt, ihre gesteigerte technische Leistungsfähigkeit gestattet ihr jetzt auch größere Aufträge anzunehmen. In den letzten beiden Jahren sind 10 Proz. Dividende vertheilt worden. Auch die frühere Seebeck'sche Werft, gleichfalls jetzt Aktiengesellschaft (1 Million Aktienkapital), hat in den letzten Jahren außerordentlich florirt. In den ersten 17 Monaten ihres Bestehens als Aktiengesellschaft hat sie schon 7 1/2 Proz. vertheilt und dabei 45,861 Mk abgeschrieben.

Eine der ältesten Schiffswerften der Weser, die von Joh. C. Teckenberg in Bremerhafen, ist in letzter Zeit ebenfalls in eine Aktiengesellschaft mit 1,400,000 Mark Kapital umgewandelt worden.

Die größte Weserwerft ist die Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen. Zur Zeit sind daselbst ca. 1800 Arbeiter beschäftigt. Seit Langem ist dort schon Tag- und Nachtbetrieb zur Regel geworden. Die Werft hat außer den verschiedensten anderen Aufträgen für die deutsche Marine einen Kreuzer im Bau und jetzt bei der Vergebung der durch die Marinevorlage bewilligten Schiffe einen zweiten in Auftrag erhalten.

So stellt sich überall auf dem Gebiete des gesammten deutschen Schiffbaues ein außerordentlicher Aufschwung heraus. Hierüber einen kleinen Ueberblick zu geben, haben wir durch unsere Darstellung versucht; wenn dieselbe noch Mängel aufweist, so hat dies darin seinen Grund, daß wir seitens unserer Verbandskollegen, an die wir uns in den in Betracht kommenden Orten mit der Bitte um Mittheilungen wandten, nicht die Unterstützung fanden, die wohl erwünscht gewesen wäre.

Was aber trotzdem zur Evidenz aus dem Mitgetheilten hervorgeht, ist, daß gerade so wie in allen anderen Industriezweigen auch die Unternehmer im Schiffbau in den letzten Jahren reiche Profite einstreckten, daß aber andererseits die Arbeiter dadurch keineswegs besser gestellt waren, sondern immer die alte gleiche Klage, dieselben Mühen und Sorgen, derselbe karge Lohn ihnen verblieben sind. Ist es nicht möglich, da Abhilfe zu schaffen? Soll es denn für den Arbeiter nichts weiter geben als das bisherige kümmerliche Loos? Gewiß kann, soll und muß es anders werden. Wenn nur erst die Arbeiter selbst einsehen wollten, daß sie die Macht zur Abhilfe besitzen! Wenn sie begreifen würden, daß sie durch die Macht ihrer Organisation das erreichen können, was den Einzelnen zu erreichen nicht möglich ist!

Leider haben die Werftarbeiter dieses noch nicht in nennenswerther Anzahl begriffen, der Stand der Organisationen beweist es. Da gilt es also für uns, unermüdet zu arbeiten. Hoffentlich gibt das mitgetheilte Material unseren Genossen hierzu die nöthigen Unterlagen.

H. Wissell.

### Die Kartellbewegung in der deutschen Eisenindustrie.

#### II.

Auf die sonstigen Kartellbestrebungen in der Eisenindustrie wollen wir schon deswegen nicht ausführlicher eingehen, weil sie fast durchweg resultatlos verlaufen sind. Zwar hat es nicht an Aufmunterung seitens der Fachpresse noch an redlichen Bemühungen der Interessenten gefehlt. Es wurde den betreffenden Werften zu wiederholten Malen gesagt, daß die jetzt so hohen Preise nur dann aufrecht erhalten werden könnten, wenn durch engeren Zusammenschluß der Werke die innere Konkurrenz ausgeschlossen würde. Anfang Oktober vorigen Jahres gab die Kölnische Zeitung, das Hauptblatt der rheinischen Unternehmerviertel, die Lösung an: Das Verbandswesen muß auch in Eisen- und Stahlgewerbe noch weiter entwickelt werden, um die Werke in den Stand zu setzen, auf gemeinsame Kosten die nachtheiligen Folgen der Zuvielerzeugung dadurch zu beseitigen oder wenigstens erheblich zu vermindern, daß die Erzeugung vernünftig beschränkt und die Entlastung des inländischen Marktes durch Ausfuhrvergütung befördert wird. Es fehlte noch immer neben einem Feinblechverbande das wichtige Glied des Stabeisenverbandes an dessen Zustandekommen jedoch

fleißig gearbeitet wird. Alle diese geplanten Verbände sind aber bis jetzt noch nicht zu Stande gekommen. Augenblicklich hat man sogar die Verhandlungen aufgegeben, weil in nächster Zeit die Aussichten auf Erfolg geringer als je sind. Der bedenklichste Punkt bei der Schaffung all dieser Verbände ist die Einschätzungsfrage. Da fortwährend neue Anlagen und Verbesserungen innerhalb der einzelnen Werke vorkommen, so ist es ganz und gar unmbglich eine Einschätzungsunterlage zu schaffen, mit der die einzelnen Werke sich zufrieden geben. Namentlich die kleinen Werke kommen dabei am schlechtesten weg. Wiederholt wurden die Versuche zur Bildung eines Stabeisenverbundes aufgenommen, jedesmal sind sie aber gescheitert. Sodann ist ein Zusammenkommen der Eisenkartelle deswegen erschwert, weil gerade in der Eisenindustrie die Konkurrenz großer Neugründungen ein bestehendes Kartell in seinen Grundfesten zu erschüttern vermag. Beim Kohlenbergbau liegt die Sache wesentlich anders. Neue abbaubare Kohlenfelder lassen sich nicht so zahlreich auffinden; dagegen ist es möglich, neue Eisenwerke mit einem großen Produktionsquantum gleichsam aus der Erde zu graben. Eisenwerke können namentlich in einer Zeit, wo der Produktionsapparat noch immer kolossaler Entwicklung wenigstens in Deutschland fähig ist, noch immer neu gegründet werden. Durch diese Eventualität ist von vorneherein einem Syndikate es unmbglich gemacht, den Umfang der Produktion ein für allemal zu binden und von Jahr zu Jahr festzustellen. Endlich kommt noch ein dritter Grund hinzu, der in der Eisenindustrie zur Zeit die Bildung von Kartellen wesentlich erschwert. Die verschiedenen Produzenten-Gruppen der deutschen Großindustrie im Eisengewerbe zeigen noch stark divergirende Interessen, weil eben die Leistungsfähigkeit des größeren Werkes durch die kleinen und mittleren Werke nach einem Zusammenschlusse in einem Kartell ganz besonders gehemmt werden. So lange wird eine straffe Organisation sämtlicher Werke ausgeschlossen sein, bis es gelingt, der vielen durch ihre Produktivität ungleichen Werke sich eine Reihe gleich leistungsfähiger Stabwerke herausgebildet haben, die das höchste gemeinsame Interesse daran haben, sich gegenseitig zu fördern und zu erhalten. Heute liegt die Sache aber so, daß die kleinen und mittleren Werke nicht auf die großen blicken, die großen dagegen allen Anlaß haben, die kleineren Kollegen möglichst zu verdrängen. In diese Umstände schaffen nun die jetzige Situation im Eisengewerbe, wodurch die Kartellbildung notwendig ins Stocken gerathen muß.

Es wäre aber verkehrt, in dieser Stagnation ein Symptom zu erblicken, das gegen die Kartelle verwendet werden könnte. Ganz im Gegentheil, die nächste Krise in unserer Eisenindustrie, ein rascher Uebergang der Preise werden vielmehr verhältnismäßig rasch die Zahl leistungsfähiger Werke bezimern und eine gesündere Grundlage für eine straffe Kartellirung innerhalb der verschiedenen Branchen schaffen. Kartelle sind keine Augenblicksgebilde. Je wichtiger sie für das wirtschaftliche Leben werden wollen, desto mehr Zeit bedürfen sie zu ihrer Entwicklung und Reife. Und wie das Kohlenyndikat auch erst nach langen Wirren und vieljährigen mühsamen Erfahrungen zu Stande kommen konnte, so werden auch die Kartelle in der Eisenindustrie nicht durch künstliche Konstruktionen einzelner genialer Köpfe, sondern durch den harten Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse allmählich gebildet.

### Unternehmer-Terrorismus.

(Konventionalftrafen-Umwejen. Boykott. Guter Rath.)

Das Unternehmertum hat bei seiner Bekämpfung der Arbeiterkoalition stets sich all' der Mittel bedient, welche das Gesetz anzuwenden verbietet und deren Anwendung Arbeitern stets harte Bestrafung einträgt. Durch Drohung, Ehrverletzung, Berufsverklärung suchen sowohl einzelne Unternehmer als Unternehmer-Organisationen auf die Arbeiter einzuwirken, daß sie ablassen von dem Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Keine Wollzei, kein Staatsanwaltschaft tritt diesem Beglanten, das nicht etwa in's Geheime, sondern ganz öffentlich sich vollzieht, entgegen. Mein Wunder, daß die „Herrn“, welche die Arbeiter ihrer „unbedingten Autorität“ unterwerfen wollen, immer kühner geworden sind. Während sie beachtlich sind. Polizei und Justiz „scharf zu machen“ zu rathen, willkürlicher Auslegung und Handhabung der Gesetze wider die „unbarmhertigen“ Arbeiter, preisen sie auf Macht und Gesez, begehen sie das offenbare Unrecht zwecks Wahrung ihrer Interessen. Und sie richten dieses Unrecht nicht nur gegen die Arbeiter, sondern



In steigendem Maße auch gegen diejenigen ihrer Standesgenossen, die das „Verbrechen“ begehen, Forderungen der Arbeiterkoalition zu bewilligen.

Schon lange hat die Unternehmerkoalition operiert mit dem Unfuge der Konventionalstrafe, die sie ihren Mitgliedern auferlegt für den Fall, daß dieselben, entgegen den getroffenen Abmachungen, sich auf Arbeiterforderungen einlassen. In letzter Zeit ist dieses Unwesen recht üppig in's Kraut geschossen. Dester schon haben die Gerichte die Festsetzung einer Strafe als rechtlich unstatthaft und das Eingehen auf die Festsetzung als rechtlich unverbindlich erklärt, d. h. der Koalition, welche die Strafe vereinbart hat, steht ein Rechtsanspruch auf Einziehung derselben nicht zu. Das ergibt sich, abgesehen von geltenden Grundsätzen des bürgerlichen Rechtes aus Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung, wo ausdrücklich bestimmt ist, daß der Rücktritt von Vereinigungen und Verbindungen der hier in Betracht kommenden Art jedem Teilnehmer frei steht, und daß daraus weder Klage noch Einwand stattfindet.

Der Konventionalstrafenunfug ist aber nicht nur zivilrechtlich und nach der erwähnten Gewerbeordnungsbestimmung unstatthaft, er enthält auch den Thatbestand einer strafbaren Handlung, nämlich eine Drohung durchaus im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. Darüber sind die Juristen einig, daß eine Drohung die Inanspruchstellung irgend eines Uebels ist; ebenso darüber, daß der angebotene Nachtheil ebensowohl dem Vermögen wie der Ehre, dem Leben oder der Gesundheit gelten kann. Ob ein Arbeiter ... anderen sagt: „Wenn Du nicht mitstreifst, so bekommst Du Prügel“, — oder ob eine Unternehmerkoalition ihren Mitgliedern sagt: „Wer den Arbeitern nachgibt, zahlt 1000 M“, es ist in jedem Falle strafbare Drohung, Nötigung vorhanden. Ob ein Unternehmer sich schließlich zur Zahlung der Strafe verpflichtet, oder ob ein Arbeiter der mündlichen Androhung eines Uebels sich fügt, ändert am Thatbestande nichts. Das frühere preussische Obertribunal — ein Gericht, das noch nicht beeinflusst war von den Anschauungen, die in neuester Zeit in der Judikatur bezüglich der koalitionsrechtlichen Handlungen Platz gegriffen haben — fand im Jahre 1872 eine dem Thatbestande des § 153 entsprechende Drohung darin, daß die Eintragung desjenigen Wechsels in Aussicht gestellt wurde, welchen der Bedrohte während seiner Theilnahme an der Vereinigung als Konventionalstrafe für etwaigen Rücktritt ausgestellt hatte. Ein gerichtliches Erkenntnis, das den entgegengesetzten Standpunkt vertreten und die Konventionalstrafe als nicht den Begriff der strafbaren Nötigung unterstellend betrachtet hätte, ist niemals gefällt worden. Und es könnte gar nicht gefällt werden, ohne daß es eine offensibare Begünstigung einer offensibaren Gesetzwidrigkeit darstellte.

Weshalb treten die Staatsanwälte heute nicht mehr diesem immer weiter um sich greifenden Unwesen entgegen? Wird ihnen nichts davon bekannt? Oder haben auch die hier in Betracht kommenden Rechtsbegriffe und Grundsätze im Schooße der Justiz eine Umwandlung erfahren, wie so manche andere? Es wird uns wohl keine maßgebende Stelle Antwort auf diese Frage geben. Arbeiterorganisationen hat man eine nach § 153 strafbare Haltung daraus konstruirt, daß sie, entsprechend ihren Statuten, Mitglieder, die entgegen den Zwecken und Interessen der Organisation handelten, ausschlossen. Aber ungehindert darf der Nötigungsunfug mit der Konventionalstrafe sich breit machen in der Unternehmerorganisation. Auch ein Beitrag zu dem Kapitel von der Gleichheit vor Recht und Gesetz!

In neuester Zeit hat sich diesem Unfuge noch ein anderer hinzugefügt. Die Unternehmerorganisationen bedienen sich des Boykotts gegen diejenigen ihrer Mitglieder, die „abtrünnig“ werden, d. h. entgegen den Beschlüssen der Organisation Arbeiterforderungen bewilligen.

In Hamburg hat die Bäderinnung Mithras durch Androhung der Kundschäfts-entziehung veranlaßt, solchen Bädermeistern, welche auf die Forderungen der Gesellen eingegangen sind, fortan kein Mithras mehr zu liefern. In Flensburg ist die Baugewerksinnung diesem Beispiele gefolgt, indem sie sich bemüht, den „abtrünnigen“ Meistern den Bezug von Baumaterialien unmöglich zu machen und sie auf diese Weise zur Unterwerfung unter die Forderungen der Arbeiterorganisation zu zwingen.

Daß auch dieses Verfahren genau so wie der Konventionalstrafenunfug, eine Rechts- und Gesetzesverletzung darstellt, ist ohne Weiteres klar, und zwar

eine doppelte. Einmal richtet sich dieselbe gegen die Materiallieferanten. Die Unternehmerkoalition droht diesen Leuten den Kundschäftsverlust, also einen schweren geschäftlichen Nachtheil an für den Fall, daß sie ihre Geschäftsbeziehungen zu den „Abtrünnigen“ aufrecht erhalten. Und damit sollen zweitens diese „Abtrünnigen“ bestraft und mürbe gemacht werden. Die Koalition will sie nöthigen durch Verhängung schlimmer Nachtheile, die unter Umständen zum völligen wirtschaftlichen Ruin führen können, sich einer den Arbeitern gegenüber bestehenden Verabredung zu fügen.

Ein Terrorismus, eine Nötigung brutalster Art, geradezu ein Hohn auf die Bestimmungen des § 153! Die Rechtswidrigkeit solchen Boykotts ist kürzlich in einem hier entschiedenen Prozeß anerkannt worden. Aber auch seine Strafbarkeit steht nach unserem Ermessen völlig außer Frage. In einer ihrer letzten Nummern hat die „Baugewerks-Ztg.“, die gegen dieses Boykottunwesen nichts zu erinnern weiß, erklärt: Die Strafbarkeit des Streikpostenstehens liege darin, daß dieselbe ausgeübt werde, die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten, sie also in der Ausübung ihres freien Willens zu behindern. Wohlgerichtet: bei dieser „Straftat“ handelt es sich um Ausübung durchaus moralischer Einflüsse auf die „Arbeitswilligen“; man will durch Ueberredung, ohne Anwendung strafbarer Mittel auf ihren freien Willen einwirken. Bei der in Rede stehenden Boykottierungspraxis aber thut das Unternehmertum dem freien Willen materiellen Zwang an; die bloße Androhung dieses Zwanges und noch viel mehr die wirkliche Ausführung der angebotenen Schädigung enthält thatsächlich alle Kriterien der strafbaren Handlung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit einen guten Rath geben: Die Leiter der Arbeiterorganisationen mögen jeden ihnen zur Kenntniß kommenden Fall derartigen Boykotts oder des Konventionalstrafenunwesens der Staatsanwaltschaft mittheilen. Die Annahme, daß diese Behörde nichts davon erfahren sollte, ist zwar ausgeschlossen, aber sie kann ja ihr Nichteingreifen formell damit motiviren, daß ihr „keine Anzeige erstattet worden“ sei. Um ihr diesen Einwand zu nehmen und sie in die Lage zu versetzen, Stellung nehmen zu müssen, erstatte man die Anzeige, und zwar wenn möglich, unter Mittheilung oder Beifügung von Beweisen. Dann wird man erfahren, ob die Staatsanwaltschaft gewillt ist, die betreffenden strafbaren Handlungen der Unternehmer zu verfolgen, oder ob sie der Ansicht ist, wenn Unternehmer sich der Nötigung schuldig machen, sei dieselbe nicht strafbar.

Die Arbeiter haben das höchste Interesse daran, auf diese Weise mitzuhelfen, daß immer mehr Gewisheit darüber geschaffen wird, wie weit im „Rechtsstaat“ die „Gleichheit vor Recht und Gesetz“ noch gilt oder nicht. („Grundstein“.)

Aus Oesterreich.

Wien, den 12. August.

Unter fast geänderten Verhältnissen wird der vierte ordentliche Verbandstag der österreichischen Metallarbeiter zusammen: ten, welcher wie bereits gemeldet, vom 13. bis 16. August in Wien tagen wird. Die vom Zentralvorstand vorgelegene Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kontrollkommission. 3. Organisation und Taktik. 4. Statutenänderung. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Presse. 7. Arbeiterfrage: a) der Achtstundentag; b) die Sonntagsruhe in den Hüttenwerken. 8. Streik- und Widerstandsfonds. 9. Eventuelles. Die von den Verbandsgruppen eingelaufenen Anträge nehmen Beziehung auf beinahe sämtliche Punkte der Tagesordnung; vielfach wird eine Erhöhung der in der Verwaltungskosten zu verbleibenden Prozentsätze gewünscht. Der Vorstand beantragt die Erhöhung der Beiträge für alle 3 Mitgliederklassen um 2 Kr., welche den Zweck hat, einen obligaten Widerstandsfonds zu schaffen. Von Bedeutung ist auch der Antrag, nach welchem das Verbandsorgan wesentlich ersichtlicher sein soll. Der Bericht des Vorstandes ist jedoch in einer stattlichen Broschüre erschienen und entnehmen wir demselben, mit Hinweisung einer kurzen geschichtlichen Schilderung der Entwicklung der österreichischen Metall- Arbeiter-Organisation nachfolgende Stellen:

Wenn auch nicht alle Organisationen den Beschlüssen des letzten Verbandstages nachgekommen sind, so muß doch mit Befriedigung konstatiert werden: Die Zentralisation der österreichischen Metallarbeiterorganisationen ist in sehr hohem Maße zur Thatfache geworden. Durch die erfolgte Verschmelzung ist die Grundlage für eine alle in der Metallindustrie beschäftigten Personen umfassende Organisation gegeben, und die Regelung der verschiedensten Fragen im Interesse unserer Mitglieder möglich geworden. Die von den Gegnern der Verschmelzung geäußerten Bedenken: die Umwandlung der Metallarbeiterorganisationen in eine einheitliche Zentralvereinigung müsse schädliche Folgen haben, sind durch die Thatfachen widerlegt worden und, wie aus den nachfolgenden Tabellen zu ersehen, ist der Mitgliederstand bedeutend größer, als beim letzten Verbandstage. Der Verbandsvorstand ist der Ansicht: auch die Gegner der Union werden zur Ueberzeugung kommen, daß diese Art der Organisation bedeutend vortheilhafter für die in unserer Industrie beschäftigten Arbeiter und den sehr zahlreichen Kämpfern zweckentsprechender ist, als die Fachorganisation. Und weil er von dieser Ansicht überzeugt ist, ver-

schmäht er es, auf die Fachorganisationen Einfluß zu nehmen, damit sie den Beschlüssen des Verbandstages verwilligen. Eine große Summe organisatorischer Arbeit wurde seit dem letzten Verbandstage geleistet. Zahlreiche Ortsgruppen wurden gegründet, mit vielen Orten wurden Verbindungen hergestellt. Branchen, die bisher der Organisation fern standen, wurden derselben zugeführt. Der Verband war durch Delegirte vertreten bei der Konferenz der Kupfer- schmiede Oesterreichs am 27. Juni 1896 in Prag, bei dem internationalen Metallarbeiter-Kongreß in London am 23., 24. und 25. Juli 1896, beim österreichischen Gewerkschafts-Kongreß vom 25. bis 29. Dezember 1896, bei der Konferenz der Fahrradarbeiter Oesterreichs, am Eisenarbeiterkongreß am 6. und 7. Juni 1897 in Selzthal, beim internationalen Arbeiterkongreß am 27. August 1897 in Zürich, beim Former-Kongreß am 6. und 11. April 1898 in Wien, bei der Konferenz der Arbeiter der Alpenin Montan-Gesellschaft vom 10. bis 11. April 1898 in Leoben, bei der Landes-Konferenz der österreichischen Metallarbeiter vom 23. bis 25. April 1898 in Graz. Alle diese Konferenzen beschäftigten sich mit organisatorischen Fragen. Die Konferenz der Fahrradarbeiter beschloß, von der Gründung einer separaten Organisation Abstand zu nehmen, und gehören die Fahrradarbeiter, soweit sie organisiert sind, der Union als Mitglieder an. Der Eisenarbeiterkongreß beschloß den Ausbau des Eisenarbeiter-Vereines in eine moderne Gewerkschaftsorganisation und den Anschluß an den Verband. Der Feilenarbeiterkongreß beschäftigte sich mit dem Ausbau der Vertrauensmännerorganisation und der Einführung eines Widerstandsfonds. Der Former-Kongreß erlangte dadurch Bedeutung, weil von demselben die Gründung einer zentralen Reichsorganisation der Former nach reiflicher Erwägung abgelehnt und vielfach die Ansicht geäußert wurde, mit der Metallarbeiter-Organisation in ein noch innigeres Verhältnis zu treten. Außerdem war noch der Verbandsvorstand bei einer Reihe von minder wichtigen Zusammenkünften vertreten. Der Verkehr mit den Ortsgruppen nahm in der letzten Berichtsperiode in sehr umfangreichem Maße zu. Während am letzten Verbandstage berichtet wurde, daß die Anzahl der eingelaufenen Schriftstücke 1284 und die der versendeten 1471 betrug, liefen seit dem letzten Verbandstage bis zum 31. Juli d. J. 6982 Schriftstücke ein und wurden 5170 versendet. In diesen Ziffern ist die Summe der Zirkulare, welche in sehr bedeutender Anzahl an unsere Organisationen versandt wurden, nicht mit eingerechnet. Es fanden Agitationstouren statt durch Kärnten, Krain, Steiermark, Mähren, Schlesien, Ober-Oesterreich, Böhmen, Tirol, Salzburg und Istrien. Außerdem wurden 978 Versammlungen und Vortragabend mit Referenten veranfaßt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 73 ordentlichen und 23 außerordentlichen Sitzungen. Die Sitzungen der vom Vorstande eingesetzten Sektionen sind hierin nicht eingerechnet. Auf Anregung des Verbandsvorstandes wurden in sehr zahlreichen Orten Protestversammlungen gegen die von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterung der Unfallversicherung abgehalten. Auch in Wien fanden zwei sehr zahlreich besuchte Versammlungen statt, und blieb diese Aktion nicht ohne Erfolg. Wenn auch die organisirten Unternehmer heute noch immer nicht die Absicht ausgegeben haben, ihre Wünsche bezüglich Verschlechterung der Unfallversicherung durchzuführen, so ist trotzdem vorläufig auf absehbare Zeit für uns kein Anlaß zur Beunruhigung. Durch die Reform des Gewerbe-gesetzes erwuchs dem Vorstande heubedeutende Arbeit, da der Magistrat der Stadt Wien Alles aufbot, um die Durchführung der Wahl ungünstig für die Arbeiterchaft zu beeinflussen. Den Bemühungen der gesammten Wiener Organisationen ist es zum großen Theile gelungen, dieses arbeiterfeindliche Beginnen illusorisch zu machen, und endete die Wahl mit bedeutendem Erfolge für unsere Organisation.

Aber auch durch einen anderen Vorfall wird die Arbeiterfeindlichkeit der Verwaltung der Stadt Wien erhärtet. Anlässlich der Vergebung der Arbeiten für die kommunalen Gaswerke traten die an diesen Arbeiten interessirten Kohrleger und Kohrgießer wiederholt zu Beratungen zusammen, deren Ergebnis war, daß Deputationen, welchen sich Vertreter des Verbandes anschlossen, zum Bürgermeister entsendet wurden, um ihm die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Die Kohrgießer, nicht minder die Installateure, die unter unsäglichen traurigen Verhältnissen liden, verlangten, daß diese Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden mögen, welche vor Allem die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung einhalten und einen, wenn auch niedrig bemessenen Minimallohn zu zahlen sich verpflichten. Obwohl die Arbeiter sich nicht der Hoffnung hingaben, daß ihre Wünsche vollständig in Erfüllung gehen würden, glaubten sie doch annehmen zu können, daß die Verwaltung der Stadt Wien einen bestimmenden Einfluß ausüben werde, damit die nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiter wenigstens theilweise Berücksichtigung finden. Die Arbeiter sind um eine Erfahrung reicher geworden, denn der Bürgermeister der Stadt Wien lehnte es ab, überhaupt auf das Ansinnen der Deputationen näher einzugehen und begnügte sich, einige nichtsfagenbe, dafür dümmere Ausreden zu machen. Durch dieses Beispiel wird neuerdings bewiesen, daß die Arbeiter von keiner bürgerlichen Partei etwas zu erwarten haben, wenn eine solche auch die sogenannte Sozialreform scheinbar fordert und Arbeiterfreundlichkeit heuchelt.

Der Vorstand konnte sich dem Gedanken nicht verschließen, daß der Agitation im Reich durch gelegentliche Touren allein nicht vollständig genügt werden könnte, und daß endlich dazu geschritten werden müsse, fest besoldete Personen anzustellen, denen nichts Anderes obliegt, als die Agitation in bestimmten Theilen des Landes zu besorgen und den Organisationen in allen Fragen hilfreich zur Seite stehen. Es war vor allem Anderen notwendig, daß für die Alpenländer ein derartiger Vertrauensmann angestellt werde, und wir glauben, daß gerade die in diesen Distrikten erzielten organisatorischen Erfolge zum Theile diesem Umstande mit zu verdanken sind. Es ist dadurch auch möglich geworden, im äußersten Süden des Reiches Anknüpfungspunkte zu finden und Ansätze zur Organisation zu schaffen. Aber auch für Mähren, wo eine bedeutend entwickelte Metallindustrie existirt, die Organisationen sehr schwach und in keinem Verhältnisse zur Anzahl der dort beschäftigten Metallarbeiter stehen, wurde ein Vertrauensmann angestellt, der seinen Sitz in Witkowitz hat. Auch dort machen sich, obwohl diese Einrichtung erst vor einigen Monaten getroffen wurde, Erfolge bemerkbar. Wenn auch

\*) Anmerkung: Die strafrechtlichen Bestimmungen der bürgerlichen Gewerbeordnung. III. Theil des bürgerlichen Rechtes über die Gesetzwidrigkeit des Deutschen Reiches.



den Wünschen der Genossen in anderen Ländern nach dieser Richtung noch nicht entsprochen werden konnte, ist der Vorstand der Ueberzeugung, daß in kürzester Zeit auch dort besoldete Vertrauensmänner, die in oben angeführter Weise zu wirken haben, angestellt werden müssen.

Konstitutionen von Ortsgruppen fanden statt: Im Jahre 1896 42, 1897 71, 1898 16, so daß am 31. Juli 1898 185 Verbandsgruppen existiren. Dem Verbandsverband gehören ferner an: der Fachverein der Gießer Niederösterreichs, der Fachverein der Bronzearbeiter, der Fachverein der Schmiede, der Fachverein der Maschinenisten, der Fachverein der Modellschneider und die Gewerkschaft der Optiker, welche sämtlich ihren Sitz in Wien haben. Von den Landesorganisationen, deren nur mehr zwei existiren, gehören beide dem Verbandsverband an, und zwar der Verein der Metallarbeiter in Böhmen und der schlesische Metallarbeiterverein. Nichtverbandsangehörige Vereine sind: der Verein der Mechaniker in Triest, der Verein der Kupferschmiede in Wien und Prag, der Verein der Schmiede Oesterreichs und der Verein der Musikinstrumentenmacher in Vrakly. Vom Gewerksverein der Senfensarbeiter, vom Verein der elektrotechnischen Arbeiter und vom Verein der Uhrmacher, welcher letztere beide erst vor kurzer Zeit gegründet wurden, wurde der Beitritt zum Verbandsverband erklärt.

Die Berichtsperiode war sehr reich an Konflikt und Streiks, an welchen fast alle Branchen theilhaftig waren. Die Ursachen dieser Streiks liegen meistens in Herabsetzungen der Löhne und Afordrpreise. Bei einigen Streiks wurde auch die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Bei sehr vielen Streiks aber war die Unbeliebtheit von Vorgesetzten die Ursache des Kampfes. Die Erfahrung hat gelehrt, daß gerade die letzten Streiks diejenigen sind, welche in den meisten Fällen ohne Erfolg für die Arbeiter enden. — Der Streik der dänischen Metallarbeiter und der Kiesenaustand der englischen Maschinenbauer gab auch den österreichischen Metallarbeitern Gelegenheit, ihr Solidaritätsgefühl zu betheiligen und gingen den englischen und dänischen Berufsge nossen 7512 Kronen durch Vermittlung des Vorstandes zu. Da die in Oesterreich übliche Polizei-Praxis es nicht gestattet, daß aus der Verbandskasse Gelder für die Streiks ansgewendet werden, mußte sich die Verbandsleitung darauf beschränken, die ihr von den organisierten Metallarbeitern Oesterreichs freiwillig zur Verfügung gestellten Beträge an die kämpfenden Berufsge nossen dieser beiden Länder abzuführen.

Obwohl schon wiederholt für Streiks bestimmte Normen beschlossen wurden, sind wir genöthigt, hervorzuheben, daß diesen Beschlüssen in den seltensten Fällen nachgegeben wurde. Es wird Sache des Verbandstages sein, auch mit dieser Frage sich neuerdings zu beschäftigen. Wir können aber auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß bei Inanspruchnahme von Streiks mit größerer Vorsicht als bisher wird vorgegangen werden müssen, weil erfolglos beendigte Streiks einen Nachtheil für die weitere Entwicklung der Organisation bedeuten. Die nachstehende Tabelle gibt — ohne Anspruch zu erheben, eine vollständige zu sein, weil wir leider nicht von allen Kämpfen der Metallarbeiter unterrichtet wurden — Aufschluß über die ausgebrochenen Streiks während der Berichtsperiode. Die Tabelle zeigt, daß für österreichische Verhältnisse nicht unbedeutende Summen zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter aufgebracht wurden.

Jahr	Anzahl der		Beendet mit					Dauer in Tagen	Kosten	
	Streiks	Streikenden	völlig Erfolg	theilw. Erfolg	ohne Erfolg	ausgehend	unter		Kr.	h.
ab Juli 1896	31	3508	10	8	7	6	374	16,879	88	
1897	47	6857	19	11	9	8	632	32,759	06	
bis 31. Juli 1898	34	1845	11	9	7	7	136	31,324	04	
	112	12210	40	28	23	21	1142	80,956	98	

Durch die stete Entwicklung bedingt, ergibt sich die Nothwendigkeit des öfteren Erscheinens unseres Verbandsorgans. Das Blatt erschien zum ersten Male am 6. März 1891 zweimal monatlich. Seit dem 1. Juli 1894 erscheint sowohl der „Oesterreichische Metallarbeiter“ als auch das slavische Verbandsorgan „Kobodelnik“ dreimal im Monat. Der Verbandsvorstand sieht die Nothwendigkeit des wöchentlichen Erscheinens des deutschen Blattes ein und wird einen diesbezüglichen Antrag dem Verbandstage unterbreiten.

Der Rechtsschutz wurde seitens unserer Mitglieder in hohem Maße in Anspruch genommen. Von 185 angemeldeten Rechtschuttsfällen mußten 40 zum Theile in Folge Ausschlossigkeit, zum anderen Theile weil die betreffenden Bewerber noch nicht genehmigt waren, abgewiesen werden. Von den 145 zur Austragung überworfenen Fällen erzielten 82 einen günstigen, 39 einen ungünstigen Erfolg, 26 Fälle befinden sich noch in Schweben. Die für Rechtsschutz erwachsenen Kosten belaufen sich auf 4853 Kronen 48 Heller. Wir benützen die Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß vielfach die Mitglieder bei Anmeldung ihrer Rechtsschutzansprüche den Vorstand nicht der Wahrheit entsprechend informieren, wodurch die Kasse wesentlich belastet und die Organisation auf diese Weise geschädigt wird. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß eine genaue Prüfung der vorgebrachten Thatsachen notwendig ist, bevor der Streitfall dem Rechtsanwalte zur Austragung übergeben wird.

Die Arbeitsvermittlung, über welche dem letzten Verbandstage noch nicht berichtet werden konnte, erhält in Folge der Errichtung der kommunalen Arbeitsvermittlung für unsere Organisation erhöhte Bedeutung. Seit dem 1. Juli 1898 bis zum 31. Dezember 1897 meldeten sich 5165 Mitglieder arbeitslos. Hiervon erhielten 1622 durch die Vermittlung Plätze angewiesen. Wenn auch der weitere Ausbau der Arbeitsvermittlung dringende Nothwendigkeit ist, wozu die energische Mitwirkung der Vertrauensmänner in den Betrieben unerlässlich erscheint, glauben wir, doch mit dem erzielten Resultate zufrieden sein zu können.

Hiemit wären wir am Schlusse unseres Berichtes angelangt, welcher beweist, daß unsere Organisation in stetigem Fortschreiten begriffen ist. Es ist aber noch sehr viel zu thun. Der Prozentfuß der organisierten Metallarbeiter ist ein sehr geringer und ungeheuer groß die Masse unserer

indifferenten und der Organisation vollständig apathisch gegenüberstehenden Berufsge nossen. Diese müssen aufgeklärt und zum Beitritte in die Organisation herangezogen werden. Gewiß, wir verschließen uns nicht der Thatsache, daß dies eine schwere und aufreibende Arbeit ist, aber diese Arbeit muß geleistet werden, soll unsere Organisation noch machtvoller und achtunggebietender werden. Der Vorstand unternehme Alles, was in seinen Kräften stand, um die Organisation vorwärts zu bringen. Der zielbewußten und rastlosen Aufopferung der gesammten Mitgliedschaft wird es gelingen, herbeizuführen, daß der vom Verbandstage zu wählende Vorstand wieder über neue Fortschritte zu berichten in der Lage sein wird.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Wir haben schon mehrfach die Erfahrung machen müssen, daß einige Verwaltungen und Bevollmächtigte sich in der Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtungen gar zu sehr gehen lassen. Es gilt dies namentlich in Bezug auf die Einwendung der Mitgliederlisten. Obgleich auf jeder Mitgliederliste am Kopfe derselben angegeben ist, daß die Liste der Reihenfolge der darauf verzeichneten Mitgliedsbuchnummern nach auszufüllen und die sorgfältig ausgefüllten Mitgliederlisten sofort, nachdem die darauf mit den Hauptnummern ausgeführten Mitgliedsbücher alle ausgefertigt und ausgegeben sind, an den Vorstand einzusenden sind, gibt es leider noch eine ganze Anzahl Verwaltungen und Bevollmächtigte, die dieser einfachen und bei einigem Willen leicht ausführbaren Obliegenheit nicht nachkommen. Wir sind deshalb genöthigt, dieselben an dieser Stelle vorerst ohne Nennung der Namen allen Ernstes aufzufordern, sofort die noch nicht eingesandten Mitgliederlisten einzusenden, andernfalls wir die weitere Lieferung von Mitgliedsbüchern an die betreffenden Verwaltungen und Bevollmächtigten einstellen und die Namen der zur Einwendung Verpflichteten unter nochmaliger Aufforderung im Verbandsorgan veröffentlichen werden. Wie soll die Zentralleitung die Hauptmitgliederliste in Ordnung erhalten, wenn sie von den Verwaltungen so wenig dabei unterstützt wird?

Des weiteren ersuchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, die vollgeschriebenen Sammelbücher ebenfalls nach hier einzusenden, damit wir auch nach diesen die Hauptmitgliederliste vervollständigen und berichtigen können.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr.
- 15430 des Schlossers Theodor Götzler, geb. zu Burgfarrnbach am 3. September 1871.
  - 105761 der Einlegerin Doris Kracher, geb. zu Fürth am 24. November 1876.
  - 111065 der Einlegerin Apollonia Eberlein, geb. zu Fürth am 10. September 1879.
  - 154174 des Monteurs Johann Bongards, geb. zu Erfeld am 6. Mai 1879.
  - 157836 des Formers Wilh. Rodermund, geb. zu Schilde am 10. Nov. 1868.
  - 160398 des Formers August Raabe, geb. zu Oberkaufungen am 6. November 1836.
  - 186272 des Klempners Otto Wiesarm, geb. zu Greifswald am 14. April 1852.
  - 247143 des Polirers Friedrich Stumpf, geb. zu Emskirchen am 2. März 1869.
  - 250123 des Klempners Ferdinand Werner, geb. zu Landsberg (Bez. Halle) am 2. Juni 1856.
  - 256298 des Metallbrechers Max Beck, geb. zu Nürnberg am 17. Juli 1873.

Der Former Matthias Dieß aus Münsereifel wird hierdurch aufgefordert, seine vom Unterkasser in Zuffenhäusern entnommenen Beitragsmarken zu bezahlen. Gleichzeitig werden die Verwaltungen ersucht, ihm im Betretungsfalle das Mitgliedsbuch abzunehmen und so lange einzubehalten, bis er die darin enthaltenen Quittungsmarken bezahlt hat.

Der Gelbgießer Max Schulze, geb. zu Magdeburg am 23. August 1871, eingetreten am 20. November 1894 zu Peine unter Nr. 90 802, zuletzt wohnhaft in Magdeburg-Sudenburg, Helmstedterstr. Nr. 24, III., wird hierdurch aufgefordert, unverzüglich seinen jetzigen Aufenthaltsort mitzutheilen. Kollegen, welche dessen genaue Adresse anzugeben in der Lage sind, wollen solche umgehend an uns einbringen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Hedlarstraße 160/7, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

### Der Vorstand.

Der Klempner Wilhelm Heinrich Albin Schult, geb. zu Hamburg-Hamm, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Verwaltungen, Bevollmächtigte und Mitglieder, denen die Adresse des Obigen bekannt ist, werden um Angabe derselben gebeten.

Der Schlosser Fritz Bode, früher in Neustadt i. M., jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wird im Interesse der Durchführung einer aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Lohnfrage gebeten, seine Adresse umgehend nach hier mitzutheilen.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, denselben im Betretungsfalle zur Angabe seiner Adresse zu veranlassen.

## Korrespondenzen.

### Former.

Havensburg. Am 31. August wurden wieder zwei Kollegen gemögelt. Da schon mehrere Former von Hener angenommen wurden, aber nicht angingen, so suchte Herr

Hener einige in Zürich. Es traf am 7. August auch zwei ein, wovon einer im Verband ist. Zwei hiesige Kollegen trafen dieselben in der Hener'schen Wirthschaft zur "Plaschinenhalle" und machten sie auf die Sperre aufmerksam, worauf dieselben nicht angingen. Ein Angeber hatte nichts Besseres zu thun, als den Vorgang dem Meister zu hinterbringen und so erhielten die zwei Kollegen am Montag keine Arbeit mehr. Wir bedauern das Verhalten einer Anzahl Kollegen, weil sie durch ihre Schwachheit es soweit gebracht haben, daß nunmehr 6 Mann aus dem Geschäft draußen sind, dafür haben sie einen neuen Ausschacher erhalten. Die Kollegen können daraus ersehen, mit welchen Elementen wir es hier zu thun haben; wenn von gewisser Seite Almosen geboten werden, da springen sie, anstatt daß sie für die Verbesserung ihrer Lage eintreten.

### Gelbgießer und Gürtler.

Leipzig. Am 9. August hielten die Gelbgießer, Metallbrecher, Gürtler und Drücker eine öffentliche Versammlung ab. Nach einem Vortrage des Genossen Meide über "Die frühere und jetzige Lage unseres Berufes" wurden in die Werstellenkommission gewählt: Werthmüller, Röhrenberg, Werner; als Ersatzmänner Woch und Hennig. Dann wurde die Baubeschlagesabrik von Friedr. Bohnwagner einer scharfen Kritik unterzogen. In dieser Rede werden Schleifer und Schleifermäddchen beschäftigt, die sich bei einander aus- und ankleiden müssen. Der einzige vorhandene Abort ist in schauerhaftem Zustande. Am 9. August legten sämtliche Metall- und Eisenbrecher, sowie 2 Schleifer die Arbeit nieder, weil wegen Kohlenmangel der Betrieb gestört und keine Entschädigung gewährt wurde.

### Klempner.

Hamburg. In der am 2. August abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Klempner wurde zunächst über die Beschlüsse der öffentlichen Versammlung verhandelt und beschlossen: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, ein Schreiben an die Innung zu richten, wann die Rekonstitution in eine Zwangsbannung beendet sei, um die Wahl eines Gesellenauschusses vornehmen zu können und dann durch diesen die Verhandlungen weiterzuführen und unseren Lohntarif zu unterbreiten. Betreffs Abhaltung einer weiteren öffentlichen Versammlung war man der Ansicht, die Ortsverwaltung mit dem Arrangement zu betrauen. Dem dritten Beschlusse: Wahl von Werkstellenbelegirten, wurde zugestimmt und hat die Ortsverwaltung die Pflicht, dies energisch zu betreiben. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begünstigt Mäher die Anträge der Ortsverwaltung zwecks Abänderung des Regulativs für Bezirkskassirer und finden dieselben Annahme. Den Kartellbericht erstattet S.; es handelt sich um die Abrechnung vom 1. Quartal und den gegenwärtigen Stand des Wädereitels. Unter innere Vereinigungsangelegenheiten erwähnt Köpke den in Hannover wegen eines mißliebigen Werkführers ausgebrochenen Streik der Klempner einer Fabrik. In Altona, Gählersplatz 6, sei ein Arbeitsnachweisbureau, welches gegen 1 Einschreibgebühr Leute nach dort entsendet, denen ein Lohn von 26-30 M. versprochen werde; es seien schon einige Kollegen hingereist, weshalb vor Bezug gewarnt wird, da der versprochene Lohn nicht verdient wird.

### Metallarbeiter.

Ashaffenburg. Am 30. Juli fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Das Referat hatte im Auftrage der nordbayerischen Agitationskommission Kollege Dejung-Frankfurt übernommen. Redner erlegte sich seiner Aufgabe in einträchtigem Vortrage vortrefflich, er führte den Anwesenden die Vortheile des D. M. V. klar vor Augen. Daß die Anwesenden mit dem Ausführenden des Referenten einverstanden waren, bewies der lang anhaltende Beifall. Nachdem der Vorsitzende aufgefordert, sich an der Diskussion zu betheiligen, meldete sich Herr Brandl (Werkführer in der Messwerkzeugfabrik von Kirck) und betonte, daß der Artikel in Nr. 28 der "Metallarbeiterzeitg." über genannte Firma nicht der Wahrheit entspräche, es wäre besser, ehe ein Artikel eingeleitet würde, mit dem Fabrikanten Rücksprache zu nehmen. Brandl mußte aber zugeben, daß der Arbeiter geschlagen und hinausgeworfen wurde und daß Datum des Eintritts nicht richtig in das Arbeitsbuch eingetragen wurde. Brandl jagte auch, organisierte Arbeiter seien ihm lieber als andere, weil erstere mehr Disziplin hätten. Vom Vorsitzenden und dem Referenten wurde Brandl mitgetheilt, wenn er denke, es sei ihm in dem Artikel zu viel geschehen, möchte er eine Erwiderung an die Redaktion der "Met.-Zeitg." einbringen. Pflicht der Metallarbeiter Ashaffenburgs und Umgegend ist es nun, sich zu organisieren und sich dem D. M. V. anzuschließen, damit auch hier bessere Zustände geschaffen werden.

Breslau. Am 30. Juli fand dahier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die sehr gut besucht war. Genosse Bergmann sprach über die Lage der Arbeiter und die Nothwendigkeit ihres Anschlusses an die bestehende Organisation; die Metallarbeiter, die hier nach Tausenden zählen, von denen aber erst 4-500 dem D. M. V. angehört, hätten mehr Beachtung, sich um ihre Organisation zu kümmern, denn ihre Lage im Allgemeinen sei keineswegs beneidenswert, sondern sehr verbesserungsbedürftig. Für jeden Einzelnen der Organisierten bestehe vor Allem die Pflicht, unausgesetzt dafür zu sorgen, daß die Indifferenten von dem großen Werthe eines Zusammenschlusses aller Berufsgenossen überzeugt und dem Verbandsverbande zugeführt werden. Nur eine kräftige Organisation sei im Stande, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die Breslauer Metallarbeiter zu schaffen. — Genosse Neutirch referirte darauf über die Bedeutung des Gewerkschaftskartells, in welchem jetzt mehr als 60 Delegirte von 36 Gewerkschaften rund 7000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Die Ausführungen der beiden Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In das Gewerkschaftskartell wurden für das nächste Jahr 4 Delegirte gewählt, es sind das die Kollegen Storditz (Schmied), Teuber (Schlosser), Dierling (Dreher) und Schneider (Seilenhauer). Ueber die Lokalfrage waren die Meinungen dahingehend, so lange Breslau nicht mehr organisierte Arbeiter aufzuweisen habe, sei an eine Gründung eines Gewerkschaftshauses nicht zu denken. Zum Schluß forberte der Vorsitzende die Kollegen zum Eintritt in den Verband auf,



welchem Ersuchen 70 Kollegen Folge leisteten. — Am 6. Aug. fand eine Mitgliedsversammlung statt, die ebenfalls stark besucht war. Genosse Brubis hielt einen interessanten Vortrag.

Leipzig. In der Versammlung am 30. Juli wurde hier eine Verwaltungsstelle des D. M. V. errichtet. Es wurden gewählt: als Bevollmächtigter Karl Schulze, als Kassierer Otto Gens, Klebe, König und Wurzer als Revisoren.

Hamburg. D. M. V. Mitgliederversammlung am 26. Juli bei Hilmer. Genosse Kulle hielt einen einständigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Arbeiter-schutzesgebung.

Durlach. In dem Bericht über die Offenburger Konferenz in Nr. 32 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Ludwigshafen ist als nicht vertreten bezichnet, es war aber durch 1 Delegierten vertreten.

Jhlyos. In der Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle am 6. August berichtete die Lohnkommission der Klempner. Das Resultat ihrer Bemühungen war, daß von den 10 Meistern am Orte 8 die Forderungen bewilligt haben.

Konstanz. In der hiesigen Maschinensabrik des Herrn Graf waren die gesetzlichen Vorschriften wegen Anbringung von Schutzbarricaden zur Verhütung von Unfällen vollständig außer Acht gelassen. Es ist daher kein Wunder, wenn sich in der Fabrik fast kein Arbeiter befindet.

Leipzig. In dem Bericht des Kollegen Maffatich über seine Agitationsreise durch Sachsen (Nr. 30) erlaubt sich das unterzeichnete Agitationskomitee folgendes zu bemerken. Kollege Maffatich schildert in dem Bericht u. A. die Verhältnisse in Leipzig, allerdings — wie wir ihm konstatieren müssen — in höchst befangener Art und Weise.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 26. Juli bei Hilmer. Genosse Kulle hielt einen einständigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Arbeiter-schutzesgebung. Die Abrechnung ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M 6367; Kofalkasse: Einnahme M 2399,26, Ausgabe M 2259,69.

Verbandes sollte man sich doppelt hüten, einfach auf Hörensagen oder gut Glück über Sachen zu berichten, von denen man persönlich und ohne vorherige Überzeugung nichts kennt. Kollege Maffatich schreibt in seinem Bericht: „Die Uneinigkeit der Leipziger Kollegen und Rivalisierungen derselben können für die Gesamtorganisation nicht fördernd sein.“

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 26. Juli bei Hilmer. Genosse Kulle hielt einen einständigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Arbeiter-schutzesgebung. Die Abrechnung ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M 6367; Kofalkasse: Einnahme M 2399,26, Ausgabe M 2259,69.

Leipzig. In dem Bericht des Kollegen Maffatich über seine Agitationsreise durch Sachsen (Nr. 30) erlaubt sich das unterzeichnete Agitationskomitee folgendes zu bemerken. Kollege Maffatich schildert in dem Bericht u. A. die Verhältnisse in Leipzig, allerdings — wie wir ihm konstatieren müssen — in höchst befangener Art und Weise.

20. Juni, als der Schwindel an's Tageslicht kam. Im vorigen Jahre — Mitte Dezember — machte nämlich Heimos den Vorschlag, in der sächsischen Lotterie zu spielen. 5 Mann ließen sich überreden und gingen auf den Vorschlag ein.

Kathenow. An die Kollegen der Sektion der Brillen- und Pinsenarbeiter. Kollegen, seit dem letzten Streik in unserer Branche haben sich Mißstände eingeschlichen, ja man kann sagen, es hat sich eine Pflichtvergessenheit unter den Kollegen bemerkbar gemacht, die unter keinen Umständen gut geheßen werden kann.

Wald. In der am 1. August abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung hatten es nur etwa 20 Kollegen der Mühe werth gehalten, zu erscheinen. Die Versammlung wurde gegen 9½ Uhr eröffnet.







Financial table with columns for 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses), listing various categories like 'Hannover, Sektion der Schmiede' and 'Druckfaden und Inserate'.

Agitations-Kommission für Schlesien und Posen.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen in Schlesien und Posen, welche gewillt sind, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen abzuhalten...

Litterarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 46. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Aus Spanien...

Briefkasten.

G., Essen. Schreiben Sie uns doch, in welcher Nummer und für welchen Tag die Versammlung immer angezeigt werden soll.

Verbands-Anzeigen. Mitglieder-Versammlungen.

- List of meetings: Alfeld, Sonnabend, 20. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im 'Evoli'. Hannover, Sonntag, 20. August, im 'Gaihof' zur 'Maibrücke'.

- List of meetings: Harburg, Sonnabend, 27. Aug., im Vereinslokal. Karlsruhe, (Allg.) Samstag, 20. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalnbach.

Berlin. Wegen Verletzung der Bibliothek nach Zuschr. 39 bleibt dieselbe vom Montag, den 22. August bis 1. September geschlossen.

- List of meetings: Bielefeld, (Sektion der Klempner.) Der Klempner A. Grezjak, B.-Nr. 104 375, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Sektion der Klempner nachzukommen.

Seftorben. In Bant-Wilhelmsparven der Schüler Carl Niemann durch Entkränken, 32 Jahre alt.

Öffentliche Versammlungen. Dresden-Alt- und Neustadt. Dienstag, 23. August, Abds. 9 Uhr, im Saale des 'Trianon'.

Privat-Anzeigen.

Ich erlaube Anton Albers, geb. am 31. August 1871 (oder 72), mir seine Adresse mitzutheilen.

Eüchtiger Metallgießer im Formen wie im Gießen gleich gut bewandert, findet Aufnahme in einer Lampen- und Metallwarenfabrik...

Eine österreichische Messingfabrik (221) sucht einen tüchtigen Vorarbeiter für das Schmelzen von Messing, Badfong und Neusilber...

Eüchtiger Metallschleifer auf Säbne usw. findet sofort dauernde Beschäftigung. Albertus & Stegmüller, Metallwaarenfabrik, Eisenberg, S.-M. (224)

Wichtig für Flaschner! Ein rentables Geschäft mit Laden und Wohnung (D. Ingerichs Patent-Metroluum-Bodh-Apparate)...

Für Feilenhauer. Besteine bester Qualität liefert (204) H. Werner, Feilenhauer in Ludwigsburg.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Merkur tragen. Allein-Verkauf für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen edelartig gedruckt.

Baer Sohn Berlin N. Berlin SO. Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. (217) Gr, Frankfurterstr. 16.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter (2. Auflage). Mit 1 Gildenkarte und zwei Straßenkarten...

Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Neckarstraße 160/L

Umschauen ist verboten! Bei Gefangen um Zuweisung von Arbeit ist Vor- und Zunahme, Geburtsort, Alter und Familienstand (ob ledig oder verheiratet)...